



CDU NEU-ISENBURG



KOALITIONSVERTRAG

für die 19. Legislaturperiode zwischen
CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FWG

**Neu-Isenburg, eine moderne Stadt, nachhaltig,
klimafreundlich und lebenswert gestalten**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
PRÄAMBEL.....	3
FINANZEN	4
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	6
STADTENTWICKLUNG UND -PLANUNG	7
VERKEHR.....	9
KLIMASCHUTZ.....	13
DIGITALISIERUNG	13
SICHERHEIT, SAUBERKEIT UND ORDNUNG	15
FAMILIE, JUGEND, SENIOREN UND SOZIALES	16
KUNST, KULTUR UND SPORT	18
KULTUR UND BILDUNGSZENTRUM	19
VIELFALT	20
GRAVENBRUCH.....	21
ZEPPELINHEIM	21

PRÄAMBEL

Die Vertragspartner CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FWG begreifen das Ergebnis der Kommunalwahlen am 14. März 2021 als Auftrag, gemeinsam in der bevorstehenden Legislaturperiode die Politik zu gestalten und Neu-Isenburg weiterzuentwickeln. Ziel der Koalitionspartner ist es, den urbanen Charakter Neu-Isenburgs zu stärken, die Lebensqualität weiter zu verbessern und dabei auch Aspekte der Nachhaltigkeit umzusetzen. Sie sind sich darüber einig, dass nicht alle in den kommenden Jahren anstehenden Sachentscheidungen in diesem Papier geregelt werden können und angesichts der Haushaltslage ein Finanzierungsvorbehalt gilt.

Das Wirken in der Koalition ist geprägt von gegenseitigem Respekt und einem offenen Umgang miteinander. Die Fraktionen wollen verlässlich, sachlich und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die beschriebenen Sachverhalte wie auch andere Themen oder Probleme sollen gemeinsam gelöst werden. Dabei soll jeder Partner mit seinen Schwerpunkten nach außen erkennbar bleiben; so soll es in Einzelfällen möglich sein, eigene im Vorfeld mit den Koalitionspartnern abgestimmte Anträge in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen.

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in den nachfolgenden Absätzen bei Personenbezeichnungen häufig nur die männliche Form verwendet, was aber grundsätzlich weibliche Personen einschließt.

FINANZEN

- Wirtschaftlicher und sparsamer Umgang mit öffentlichen Geldern sowie nachhaltige und vorausschauende Haushaltsführung bleibt die Basis unseres politischen Handelns. Der verantwortungsvolle und sparsame Umgang mit den städtischen Finanzen wird fortgesetzt.
- Alle gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben sind vorrangig zu erfüllen und auch weiterhin Grundlage jeder Finanzplanung. Freiwillige Ausgaben bedingen der regelmäßigen Überprüfung, ob und in welchem Umfang sie unter veränderten Rahmenbedingungen aufrechterhalten werden können.
- Kreditaufnahmen zur langfristigen Finanzierung von Infrastrukturprojekten sind, sofern zwingend erforderlich und von der Kommunalaufsicht genehmigungsfähig, im angemessenen Verhältnis zur Wirtschaftskraft der Stadt möglich. Defizite im laufenden Haushalt dürfen dabei nicht entstehen.
- Um den haushälterischen Risiken in einer immer volatileren Welt Rechnung zu tragen, werden wir uns dafür einsetzen, in künftigen Haushalten entsprechend höhere Rückstellungen vorzusehen, um in nicht vorhersehbaren Ausnahmesituationen den Haushaltsausgleich gewährleisten zu können. Bisher gebildete Rücklagen sollen nach Möglichkeit nicht aufgelöst werden.
- Die durch den eigenen Verbrauch selbst zu verantwortenden Gebühren (Abfall, Wasser, Strom, Gas) sollen im Vergleich zur Region auch weiterhin auf niedrigem Niveau gehalten werden.
- Moderate Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer bleiben auch künftig das Ziel. Neu-Isenburg ist mit verhältnismäßig niedrigen Hebesätzen in der Vergangenheit sehr gut gefahren und konnte überproportionale Einnahmeanstiege vor allem bei der Gewerbesteuer verzeichnen. Den äußerst attraktiven Wirtschaftsstandort Neu-Isenburg gilt es, trotz der Auswirkungen der Corona-Krise, dauerhaft zu sichern und auszubauen. Eine auch künftig aktive und professionelle Wirtschaftsförderung mit auskömmlicher personeller Besetzung ist ein wichtiger Baustein zur dauerhaften Sicherung der hiesigen Unternehmen und der von ihnen bereit gestellten Arbeitsplätze und dient auch der Ansiedlung neuer Unternehmen.
- Mit Umsetzung der Grundsteuerreform sollen die Bürgerinnen und Bürger insgesamt nicht mehr belastet werden, die Stadt plant in Folge der Steuerreform keine Zusatzeinnahmen. Mehr- oder Minderbelastungen einzelner Grundeigentümer sind dabei nicht auszuschließen, in Summe aber werden keine Mehrerträge für die Stadt angestrebt.
- Zur aktiven Unterstützung der Wirtschaft nach der Corona-Krise und Stärkung des eigenen Wirtschaftsstandorts wird eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf das Niveau vor der Anhebung zum 1.1.2017 von derzeit 345%-Punkte auf dann wieder 320%-Punkte angestrebt. Voraussetzung ist der Haushaltsausgleich ohne anderweitige Steuer- oder Gebührenerhöhungen bzw. merkliche Kürzungen in anderen Bereichen.

- Das Suchen und die Umsetzung von Einsparmöglichkeiten haben Vorrang vor Steuer(satz)anhebungen. Der städtische Haushalt ist in allen Facetten effizient und transparent zu gestalten (Kennzahlen, Controlling). Die Finanzierung notwendiger Großprojekte muss in der Finanzplanung ebenso Beachtung finden.
- Der Verzicht auf die Grundsteuer A soll auch in Zukunft Bestand haben, denn der Erhebungsaufwand dieser Steuer auf land- und forstwirtschaftliche Flächen steht in keinem Verhältnis zum Ertrag.
- Wir setzen uns für die Stabilität der Kreis- und Schulumlage ein.
- Wir wollen eine vertiefende Prüfung, ob für die Sanierung der Hugentottenhalle / Stadtbibliothek auch eine eigene Gesellschaftsstruktur zielführend ist, einleiten.
- Wir lehnen auch weiterhin die Einführung einer Straßenbeitragssatzung ab. Wir halten diese Einnahmemöglichkeit für sozial unausgewogen.
- Weitere Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) sollen geprüft werden.
- Das Konnexitätsprinzip muss für alle Ebenen gelten. Es ist notwendig, für die übertragenen Aufgaben die volle Kostenerstattung zu erreichen.
- Die Stadt Neu-Isenburg und die verbundenen Unternehmen des Stadtkonzerns sollen auch weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber sein. Weiterhin ist es unser Ziel durch ein modernes Personalmanagement und kontinuierliche Fortbildungen eine zukunftsorientierte und nachhaltige Entwicklung der Verwaltung zu gewährleisten. Hierzu zählen kosten- und dienstleistungsorientiertes Arbeiten gegenüber den Bürgern unter Berücksichtigung der Interessen sowie der Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiter.
- Um zukünftige Aufgaben und Ziele auch verwaltungsseitig erfüllen zu können, ist es uns wichtig den Personalbedarf zu evaluieren und bedarfsgerecht in die notwendigen Personal- und Sachmittel zu investieren. Neue technische Möglichkeiten sollen frühzeitig als Chance begriffen und umgesetzt werden.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

- Wir stehen weiterhin für eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung zur Unterstützung der ortsansässigen und auch ansiedlungswilligen Unternehmen.
- Die Koalition setzt sich dafür ein, dass Neu-Isenburg eine zukunftsorientierte Stadt bleibt mit erfolgreichen Unternehmen und zahlreichen Arbeitsplätzen vor Ort für unsere Bürger sowie für die vielen Unternehmen sowie Arbeitnehmer, die täglich zu uns nach Neu-Isenburg kommen, um hier zu arbeiten.
- Eine erfolgreiche Stadt kann nur mit guten Unternehmen prosperieren und mit diesen eine erfolgreiche Koexistenz führen. Die Koalition wird sich noch intensiver dafür einsetzen, dass wir bei Beherbergung bestehender und der Ansiedlung neuer Unternehmen in Neu-Isenburg unser Engagement erhöhen.
- Ständiges Ziel ist die Stärkung mittelständischer Unternehmen, wozu auch der Einzelhandel und die Gastronomie gehören. Hierzu soll die städtische Wirtschafts- und Planungspolitik Schwerpunkte setzen. Wichtig ist, die Einkaufsbereiche wie z. B. der Frankfurter Straße, der Fußgängerzone Bahnhofstraße und der Straße Am Forsthaus Gravenbruch stadtplanerisch, auch im Rahmen des Stadtumbauprogramms, so aufzuwerten, dass moderne Ladenflächen entstehen.
- Neben den planungspolitischen Ansätzen wollen wir auch die Digitalisierung des stationären Einzelhandels unterstützen, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Onlinehandel zu stärken.
- Wir wollen die Rahmenbedingungen für Unternehmen weiter verbessern. Hierzu möchten wir die digitale Infrastruktur weiter ausbauen, um Neu-Isenburg auch für Zukunftsbranchen noch attraktiver zu machen.
- Mit uns soll die Wirtschaftsförderung noch weiter gestärkt und die Werbung für den Standort Neu-Isenburg weiter intensiviert werden. Insbesondere bei der Ansprache und Gewinnung neuer Unternehmen für Neu-Isenburg wollen wir die Bemühungen intensivieren und dabei hohe Qualitätskriterien anlegen.

- Wir wollen sicherstellen, dass Unternehmen, die eine mögliche Ansiedlung in Neu-Isenburg anfragen, weiterhin eine qualifizierte und professionelle Betreuung durch die Stadtverwaltung erfahren. Wir setzen uns daher dafür ein, dass wir im Bereich der Wirtschaftsförderung Neu-Isenburg die Kapazitäten ausbauen, um ausreichend qualifiziertes Personal im zuständigen Ressort zu schaffen.
- Die Koalition unterstützt den Fachbereich Wirtschaftsförderung auch dahingehend, dass Konzepte entwickelt werden, wie wir die Unternehmen vor Ort noch stärker animieren, sich in der Stadtgesellschaft einzubringen, um für sie, für die Stadt und für ihre Bürger weitere Mehrwerte erbringen können.
- Die Stadt Neu-Isenburg und die verbundenen Unternehmen des Stadtkonzerns sind ein attraktiver Arbeitgeber. Unser Ziel ist es auch weiterhin durch ein modernes Personalmanagement und kontinuierliche Fortbildungen eine zukunftsorientierte und nachhaltige Entwicklung der Verwaltung zu gewährleisten.
- Auch Gewerbebauten, insbesondere Bürogebäude brauchen eine attraktive Umgebung. Wir wollen das Thema „grüne Infrastruktur“ in Zusammenarbeit mit dem Gewerbe auch in den Gewerbegebieten entwickeln.
- Wir wollen den Gewerbetreibenden in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken die Teilnahme an dem vom Bund geförderten Programm zu Energieeinsparung „Ökoprotit“ anbieten.

STADTENTWICKLUNG UND -PLANUNG

- Die attraktive und zukunftsfähige Neugestaltung der Innenstadt ist eine zentrale Aufgabenstellung für die Koalition, die wir schnellstmöglich und mit hoher Priorität umsetzen wollen. Die unterschiedlichen Anforderungen an den begrenzten Raum erfordern die Lösung von Zielkonflikten und die Formulierung eines Leitbildes.
- Wir wollen:
 - ein gesamtheitliches Zielbild für die Frankfurter Straße entwickeln
 - Räume und Nutzungen in der Innenstadt neu ordnen

- Fassaden nach einem einheitlichen Konzept gestalten
 - den öffentlichen und privaten Verkehr an Nachhaltigkeits-Gesichtspunkten neu ausrichten
 - Einzelhandelsflächen entwickeln, konzentrieren und an die Marktentwicklung und die Bedürfnisse der Bürger anpassen.
 - grüne und blaue Infrastruktur ausbauen
 - Orte für gemeinsame Aktivitäten im öffentlichen Raum schaffen
 - den historischen Kern im Alten Ort lebenswerter gestalten.
- Die in der letzten Legislatur beauftragten Gutachten zur Verlängerung der Straßenbahn, der Entwicklung des Einzelhandels (Gutachten zum Versorgungsgebiet) und das stadträumliche Gutachten (Freischlad + Holz) sind wichtige Grundlagen für die Neugestaltung der Innenstadt. Auf Basis dieser Gutachten wollen wir umfassend über Möglichkeiten und Perspektiven informieren und eine breite Diskussion über die zukünftige Nutzung und das Leitbild der weiteren Entwicklung in der Innenstadt führen.
 - Für die Diskussion mit der Bevölkerung prüfen wir die Einrichtung unterschiedlicher Diskussionsplattformen, um gemeinsam mit den Entscheidungsträgern im Parlament, im Magistrat und der Stadtverwaltung Stadtentwicklung zu gestalten, mit der wir uns identifizieren können, in der wir uns als Neu-Isenburger wohlfühlen werden.
 - Die Koalition begrüßt den erfolgten Beitritt zum Programm „ Großer Frankfurter Bogen“.
 - Wir wollen neuen Wohnraum schaffen und gleichzeitig in der Innenstadt die grüne und blaue Infrastruktur stärken, d.h. die Größe der versiegelten Flächen senken. Bauen um jeden Preis ist dabei nicht unser Weg. Wir wollen maßvolles Wachstum, das zu unserer Stadt passt und den Charakter der verschiedenen Teilgebiete, wie z.B. im Buchenbusch erhält. Maßstab für Stadtplanung und Stadtentwicklung ist die Verbesserung der Lebensqualität für die Neu-Isenburger Bürgerinnen und Bürger. Eine Option sind beispielsweise die Überbauung von eingeschossigen Supermärkten mit Wohnungen und die Errichtung von generationsübergreifenden Wohnangeboten.
 - Die Bebauung des Geländes „Am Kalbskopf“ soll in diesem Zusammenhang zur Umsetzung gebracht werden.

- Die Entwicklung des Stadtquartiers Süd soll weiter umgesetzt werden und die Erschließung sowie erste Bauprojekte in dieser Legislaturperiode realisiert werden.
- Die Erstellung von Bebauungsplänen wollen wir forcieren, um eine unkontrollierte Nachverdichtung zu vermeiden und die Planungshoheit der Stadt zu sichern.
- Mit mehr als 1.200 Sozialwohnungen verfügt die Stadt über ein im Kreisvergleich hervorragendes Angebot an Sozialwohnungen. Dieses Angebot wollen wir erhalten. Wir wollen das Angebot an bezahlbarem Wohnen ausweiten, in dem wir beispielsweise für Mitarbeiter in der Pflege, der Erziehung, in Polizeidiensten, im Rettungsdienst und der Feuerwehr gezielt Wohnraum errichten und bereitstellen.

VERKEHR

- Wir stehen für eine ausgewogene Verkehrspolitik, die die Mobilität und Individualität aller Verkehrsträger und -teilnehmer gleichermaßen berücksichtigt und gleichberechtigt fördert. Den Bürgern sollen durch den ÖPNV, dem Radverkehr, durch Car Sharing u.a. attraktiven Alternativen ein Angebot zum mobilisierten Individualverkehr gemacht werden.
- Ein entscheidender Baustein für die Bewältigung der erwarteten Mobilitätsanforderung ist das Mobilitätskonzept 2030 einschließlich des in diesem Zusammenhang beauftragten Konzeptes zur Optimierung des Parkraummanagements.
- Wir wollen das Mobilitätskonzept 2030 in der kommenden Legislaturperiode konsequent umsetzen und für das gesamte Stadtgebiet, inklusive der Ortsteile, weiterentwickeln. Hierbei wollen wir auch den Durchgangsverkehr in der Innenstadt deutlich reduzieren und hierfür auch Umfahrungsmöglichkeiten prüfen und umsetzen.
- Zur weiteren Entlastung der Innenstadt vom Durchgangsverkehr sollen im Rahmen einer Überprüfung Verkehrsverlagerungen in weniger sensible Bereiche erörtert werden. Dabei soll der Durchgangsverkehr nach Möglichkeit auf vorhandene, innenstadtferne bzw. überörtliche Straßen um die Stadt herum gelenkt werden.
- Die Schaffung bzw. Sicherung von ausreichendem Parkraum ist uns genauso wichtig wie der fließende Verkehr einschließlich des Radverkehrs, der Platz für Fußgänger und das urbane Grün.
- In einer sich wandelnden Stadt, in der wir mehr Aufenthaltsqualität und grüne Infrastruktur schaffen wollen, müssen auch geeignete Flächen entsiegelt werden. Hierbei können auch vereinzelt Parkplätze wegfallen, die durch ein Bündel an Maßnahmen kompensiert werden sollen. Eine Parkraumverknappung ist nicht unser Ziel.

- Durch mehrgeschossige Parkmöglichkeiten (Parkhäuser, Tiefgaragen, etc.) kann zusätzlicher Parkraum geschaffen werden und der Wegfall von Parkplätzen an anderer Stelle kompensiert werden.
- Die bestehenden Parkmöglichkeiten sollen besser ausgenutzt werden (z.B. die vorhandenen Parkhäuser). Dazu wollen wir im Rahmen unseres Smart City Ansatzes Smart Parking umsetzen, z.B. durch die Echtzeiterfassung von freien Parkplätzen und die Zurverfügungstellung dieser Informationen.
- Die Möglichkeit eines Parkplatzes für Gewerbefahrzeuge wollen wir prüfen, damit Transporter, die Mitarbeitern überlassen wurden, über Nacht nicht in Wohngebieten abgestellt werden müssen.
- Die Stellplatzsatzung der Stadt sollte an die aktuellen Gegebenheiten und gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden. Uns ist wichtig, dass bei Neubauvorhaben ausreichende Parkflächen auf den eigenen Grundstücken geschaffen werden und somit kein erhöhter Parkdruck im öffentlichen Raum entsteht. Im Rahmen der Schaffung von weiteren ÖPNV Angeboten, wie z.B. der RTW oder ggf. auch der Straßenbahn, soll die Stellplatzsatzung mit dem Ziel evaluiert werden, diese zusätzlichen Angebote bei der Bemessung der zu schaffenden Stellplätze angemessen zu berücksichtigen.
- Wir wollen die Einführung einer Mobilitäts-App in Neu-Isenburg, die das Suchen, Buchen und Bezahlen von unterschiedlichen Mobilitätsangeboten ermöglicht, auch im Zusammenhang mit der Nutzung der entstehenden P+R Stationen (Parkberechtigung mit RMV Ticket) prüfen.
- Der schienengebundene öffentliche Personennahverkehr ist das Rückgrat des öffentlichen Verkehrssystems im Rhein-Main Gebiet. Mit dem Bau der RTW, den Mobilitätsstationen an der S-Bahn und im Birkengewann sowie 4 weiteren Haltepunkten in zentraler Lage wird eine wichtige Verbesserung des schienengebundenen ÖPNV erreicht.
- Die Verlängerung der Straßenbahn durch Neu-Isenburg bis nach Dreieich bzw. Langen kann die Erreichbarkeit von Haltepunkten des schienengebundenen ÖPNV insbesondere in der Innenstadt weiter verbessern. Wir wollen auf Basis des gemeinsamen Projektes von Dreieich, Frankfurt und Langen die Vorteile und Nachteile der Straßenbahnverlängerung abschließend bewerten und danach entsprechende Beschlüsse fassen.
- Im Falle einer positiven Bewertung einer Verlängerung der Straßenbahn ist ein gesamtheitliches Verkehrs- und Finanzierungskonzept mit den beteiligten Städten zu erstellen, das die Interessen der Stadt Neu-Isenburg berücksichtigt.

- Eine Straßenbahnverlängerung würde mit der Frankfurter Straße die wichtigste zentrale Verbindung Neu-Isenburgs wesentlich verändern. Eine Planung muss dementsprechend städtebauliche, emissionsbezogene, ästhetische und technische Aspekte berücksichtigen sowie in Einklang mit unserem Stadtumbaukonzept gebracht werden.
- Wir wollen die Ausweitung des LKW-Durchfahrtsverbotes auf die Friedhofstraße/Carl-Ulrich-Straße und die Verlegung der Umleitung für die BAB 3 auf die Rathenaustraße/Siemensstraße. Voraussetzung hierfür ist eine höhere Leistungsfähigkeit der Anschlussstelle Dreieich-Sprendlingen der BAB 661, die wir gegenüber dem Land Hessen weiterhin einfordern.
- Das hohe Niveau der Andienung der Gewerbegebiete als ein wesentliches Merkmal der Wirtschaftsförderung auch durch den ÖPNV muss beibehalten werden.
- Mit dem Ziel der Verbesserung des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger, vor allem der Kinder, Senioren und mobilitätseingeschränkten Menschen, werden die derzeit erlaubten Maximalgeschwindigkeiten für den Kfz-Verkehr inklusive des gültigen Vorrangnetzes in der Gesamtstadt mit externer fachlicher Begleitung grundlegend überprüft und, wenn empfohlen, abgesenkt. Auch eine bessere Ausnutzung des Straßenraums und die Reduktion von Lärm- und Schadstoffemissionen werden hierdurch angestrebt sowie eine Anpassung an veränderte Gegebenheiten (z.B. in der Neuhöfer Straße in Folge der Abbindung der Verlängerung nach Neuhof).
- Ausgehend von den Empfehlungen des Lärmschutzgutachtens (Drucksache 18/2247) wollen wir nach Klärung der im Verfahren befindlichen Fragen, auf der im RP Gutachten erwähnten Frankfurter Straße zunächst für ein Jahr auf Probe Tempo 30 beginnen. Über die Fortführung danach wird mit den gemachten Erfahrungen des Probejahres und Beteiligung der Bürger (z.B. in Form einer Online-Umfrage) entschieden.
- Mit dem kreisweiten Nahverkehrskonzept 2016 und den Ergänzungen innerhalb des Neu-Isenburger Stadtgebietes sind zwar Verbesserungen des öffentlichen Busverkehrs erreicht worden, die aber mit überproportionalen Mehrkosten für die Stadt Neu-Isenburg verbunden sind. Insofern ist bei den anstehenden Beratungen zum neuen Nahverkehrsplan des Kreises Offenbach darauf zu achten, dass die sehr gute Infrastruktur mit örtlichen und überörtlichen Buslinien in Neu-Isenburg erhalten bleibt und dort, wo sinnvoll und nötig, ausgebaut wird. Und dies, ohne weitere finanzielle Verschiebungen zu Lasten des städtischen Haushalts zu generieren. Die Kreisumlage als Finanzierungsgrundlage für den ÖPNV lehnen wir ab.
- Dies gilt auch für die weiteren Diskussionen und anstehenden Entscheidungen zur kreisweiten Einführung des „on demand“-Angebots „Hopper“, das wir grundsätzlich als sehr interessante Möglichkeit zur Abrundung des ÖPNV-Angebots mit individuellem Charakter begrüßen. Insbesondere in weniger stark frequentierten Zeiten oder Gebieten stellt der „Hopper“ eine interessante Möglichkeit des öffentlichen Nahverkehrs dar. Wir wollen den Hopper insbesondere dort einsetzen, wo die innerstädtischen Buslinien durch den Hopper reduziert werden können. Der Bau der RTW und – möglicherweise – der Straßenbahn wird eine Überprüfung der

bestehenden Linienführungen erforderlich machen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt sehen wir die Möglichkeit, Teile unserer städtischen Buslinien durch „on-demand“ Verkehrsmittel zu ersetzen. Kreisweit muss ein tragfähiges und gerechtes Finanzierungsmodell für den „Hopper“ gefunden werden, das auch unter Berücksichtigung von Fördermitteln die Attraktivität der Nutzung und der Wirtschaftlichkeit sicherstellt.

- Wir unterstützen die Stadtwerke beim Aufbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur für Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeuge. In einem Bedarfsentwicklungsplan wollen wir die Anforderungen an die Netzinfrastruktur sowie den Bedarf von öffentlichen Schnellladestationen und Wasserstofftankstellen nach Art und Umfang aufzeigen und einen entsprechenden Investitionsplan mit den Stadtwerken abstimmen.
- Komfortable Rad- und Fußwege sind bedeutend für eine bürgerfreundliche Stadt. Mit dem Radverkehrskonzept 2015 wurde ein erster Ansatz zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur gemacht. Dieses Konzept wollen wir, gemeinsam mit der AG Radverkehr weiterentwickeln und zügig umsetzen. (Vom Bahnhof bis zum Birkengewann soll der vorhandene attraktive Fußweg (Grüner Fußweg) deutlich erkennbar werden und damit den Schulweg sicherer machen. Dabei sind die Radverkehrsplanungen im Zusammenhang mit der RTW und den überörtlichen Radwegen (Radschnellweg Darmstadt-Frankfurt und Seligenstadt-Flughafen sowie die Verbindungen nach Offenbach) zu integrieren. Das Ziel ist ein abgestuftes Netz von komfortablen Rad- und Fußwegen für Nah- und Fernverbindungen.
- Den Beschluss zur Schaffung einer komfortablen Nord-Süd-Verbindung für Radfahrer in der Luisen- und Ludwigstraße wollen wir zeitnah und konsequent umsetzen. Die Ost-Westverbindung wollen wir schrittweise verbessern.
- Im Zuge der beabsichtigten Neugestaltung der Pflanz-Inseln in der Gartenstraße zur Neupflanzung witterungsresistenter Bäume (ggf. im Zuge eines beantragten Bundesprogramms) soll die grundsätzliche Anordnung von Grünflächen, Fuß- und Radwegen in der Gartenstraße überplant werden.
- Wir wollen die Anzahl gesicherter Abstellmöglichkeiten für Fahrräder prüfen und bei Mehrbedarf weiter ausbauen.

KLIMASCHUTZ

- Die Koalition steht zu den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Dezember 2018 und dem Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2050 (DRS 18/1214). Im Punkt 1 dieses Beschlusses heißt es: „Das im Aktionsplan Klimaschutz 2012 –2016 von der Stadtverordnetenversammlung am 24. April 2013 (DRS 17/953) beschlossene Ziel, die Reduktion der CO₂-Emissionen alle 5 Jahre um 10% als Richtgröße festzulegen, gilt weiterhin. Diese Richtgröße entspricht dem aktuellen Ziel der Reduktion auf ca. 1t CO₂-Emission pro Kopf im Jahr 2045 und erreicht damit weitgehend das Ziel der Klimaneutralität. In der Zukunft wollen wir uns an den Zielen der Bundesregierung und der EU orientieren.
- Wir schaffen Instrumentarien, um die geplanten Ziele zu überprüfen.
- Ab 2023 werden Caterer, Lieferdienste und Restaurants auf Basis eines Bundesgesetzes verpflichtet, neben Einweg- auch Mehrwegbehälter für Essen und Getränke zum Mitnehmen anzubieten. Wir wollen dafür sorgen, dass in Neu-Isenburg und nach Möglichkeit auch zusammen mit den Nachbarkommunen ein einheitliches Mehrwegsystem (z.B. www.recup.de, www.rebowl.de) eingeführt wird.
- Die Energiewende in Neu-Isenburg erfordert von den Stadtwerken u.a. eine Anpassung ihres Leistungsspektrums (z.B. Rückgang der Wärmemengen, zusätzliche Stromversorgung von Fahrzeugen, Betrieb von Nahwärmenetzen und Mieterstrommodellen) und eine Flexibilisierung der Netzinfrastruktur (Einspeisung von Photovoltaik, Ladevorgänge bei PKW). Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke ist für die Koalition ein wichtiges Ziel. Sie unterstützt die Stadtwerke bei der Anpassung an die veränderten Bedingungen.
- Wir wollen die aktuelle Förderung von Photovoltaik, Solarthermie und Zisternen in Neu-Isenburg zielgenauer ausrichten. Mit der vom Bund geförderten Klimaschutzmanagerin wollen wir den Fortschritt im Klimaschutz öffentlich sichtbar machen und die Aktivitäten für den Klimaschutz miteinander vernetzen. Rechtzeitig vor Ablauf des Vertrages der Klimaschutzmanagerin werden wir vereinbaren, wie das Thema Klimaschutzmanagement weiter in der Verwaltung wahrgenommen wird.
- Die Klimapartnerschaft mit der Gemeinde Kwadaso in Ghana wird fortgesetzt.

DIGITALISIERUNG

- Die digitale Transformation ist einer der prägenden Veränderungsprozesse unserer Zeit. Der allumfassende Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie, die steigende globale Vernetzung sowie der scheinbar unbegrenzte Datenverkehr und damit die allgegenwärtige Verfügbarkeit von Informationen und Services haben einen fundamentalen Wandel der Arbeits- und Lebenswelt ausgelöst: Neue Produkte und Anwendungen verändern bestehende Geschäftsfelder und Lebensgewohnheiten. Bildungsangebote werden vielseitiger, soziale

Netzwerke führen zu einem tiefgreifenden Wandel im Kommunikationsverhalten, Online-Handel und intelligent vernetzte Logistik setzen neue Maßstäbe für Service und Geschwindigkeit.

- Die Entwicklung und Umsetzung einer digitalen Agenda für die Stadt Neu-Isenburg darf aufgrund ihrer Komplexität nicht in den Händen weniger Akteure liegen, sondern muss auf eine breite Basis gestellt werden.
- Die Bedürfnisse der Menschen in Neu-Isenburg stehen bei uns im Mittelpunkt. Wir wollen die gesellschaftliche Teilhabe aller Gruppen der Stadtbevölkerung ermöglichen. Uns sind vor allem die digitalen Angebote wichtig, die sich am Gemeinwohl orientieren (öffentliche Mehrwerte schaffen) und möglichst vielen Menschen dienen. Die Barrierefreiheit und die Übertragbarkeit von digitalen Lösungen auf Quartiere, Stadtteile, Regionen spielen also eine zentrale Rolle.
- Zur digitalen Agenda der Stadt gehören für uns zwei Schwerpunkte: zum einen in die Steuerung und Koordinierung des E-Government, zum anderen in die Steuerung und Koordinierung von Smart-City-Projekten. Für eine wirkungsvolle Umsetzung müssen beide Schwerpunkte integriert betrachtet werden und gemeinsam von einer Organisation gesteuert werden. Zur Ausarbeitung und Umsetzung der digitalen Agenda sollen Fördermittel beantragt und die Zusammenarbeit mit den SmartCities Darmstadt und Frankfurt intensiviert werden. Im Rahmen des Stadtumbauprogramms soll das Stadtquartier Süd SmartCity Pilotquartier werden.
- Themenbereiche für die Digitalisierung sind:
 1. Mobilität
 2. Bildung, Kultur und Freizeit
 3. Energie und Umwelt
 4. Planen, Bauen und Wohnen
 5. Gesundheit und Soziales
 6. Wirtschaft
 7. Politik und Verwaltung
- Mögliche digitale Lösungen sind aus unserer Sicht:

Mobilitätsangebote, Verkehrslagebild, dynamische Verkehrssituation, dynamische Fahrgastinformation ÖPNV, dynamische Parkplatzsituation, dynamische Belegung von Fahrradabstellboxen, digitales Parkmanagement in Parkhäusern, Handyparken, dynamische Auslastung Schwimmbad, digitaler Zugang zu Kultureinrichtungen, Smarte Wasserzähler, Smart Metering, Intelligente Straßenbeleuchtung, bedarfsgerechte Baumbewässerung, digitale Öffentlichkeitsbeteiligung, Chatbots,...

SICHERHEIT, SAUBERKEIT UND ORDNUNG

- Wir unterstützen die intensive Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den städtischen Sicherheits- und Präventionseinrichtungen. Vorhandene Sicherheitsstandards müssen auch in den Ortsteilen erhalten bleiben.
- Unser Ziel ist es die objektive Sicherheit in Neu-Isenburg, als auch das subjektive Sicherheitsempfinden unserer Einwohner, aber auch unserer Besucher weiter zu gewährleisten.
- Wir entwickeln die Sicherheits-Strategie fort. Dabei ist uns wichtig, weiterhin verstärkt in die notwendigen Personal- und Sachmittel zu investieren und neue technische Möglichkeiten frühzeitig als Chance zu begreifen und praktisch zu nutzen. Analog den Rundgängen im Rahmen des Kompass-Projekts werden auch künftig in regelmäßigen Abständen abendliche Rundgänge gemeinsam mit der Polizei, den Streetworkern und ggf. der City-Streife unter Beteiligung des Präventionsrats, der politischen Gremien und relevanter gesellschaftlicher Gruppen, wie z.B. dem Jugendforum, dem VDK u.a. zum Thema „Wie sicher sind unsere Straßen und öffentliche Plätze?“ organisiert. Die Ergebnisse aus diesen Rundgängen werden priorisiert und mögliche Maßnahmen daraus abgeleitet und vorgeschlagen.
- Die hervorragende Arbeit des Roten Kreuzes, des THW, der Freiwilligen Feuerwehren und des freiwilligen Polizeidienstes sind wichtige Faktoren für die Sicherheit in unserer Stadt, für die wir sehr dankbar sind. Auch in dieser Legislaturperiode werden wir daher eine gute Finanzausstattung bereitstellen.
- Auf Landesebene setzen wir uns für den Einsatz von zusätzlichen Polizeibeamten in Neu-Isenburg ein.
- Die Sauberkeit auf unseren Straßen und Plätzen ist uns ein großes Anliegen und wird mit großem Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dienstleistungsbetriebs (DLB AÖR) gewährleistet. Dennoch ist unser angestrebter Zielzustand einer sauberen Stadt noch nicht erreicht, deshalb werden wir uns hier weiter verstärkt engagieren.
- Wir wollen mit geeigneten Kampagnen das Bewusstsein für die Eigenverantwortung beim Thema Sauberkeit stärken. Dazu gehört zum Beispiel, dass Müll in die vorhandenen Behälter entsorgt wird, Tauben nicht gefüttert werden, Zigarettenstummel nicht auf den Boden gehören und Hundekot entsprechend entsorgt wird.
- Leider ist eine verstärkte Vermüllung des öffentlichen Raums zu beobachten, dem wollen wir mit mehr Personal in Verbindung mit einem entsprechend erhöhten Maschineneinsatz Rechnung tragen.

- Wir wollen das Verhalten von Müllsündern ändern. Das geht nur mit verschärften Kontrollen durch städtische Ordnungskräfte und mit empfindlichen Bußgeldern. Falls nötig, werden wir hierfür den Personaletat aufstocken.
- Eine Straßenreinigungsgebührensatzung insbesondere für Hauptstraßen mit hohem Publikumsverkehr wollen wir prüfen, wenn eine Verbesserung der Sauberkeit im öffentlichen Straßenraum nicht erreicht wird.
- Wir setzen uns für eine Ausweitung des bestehenden Patenschafts-Modells für öffentliche Bäume ein und wollen das erfolgreiche Stadtkümmerer-Projekt ausweiten.
- Es ist uns ein besonderes Anliegen die Sauberkeit auf den Spielplätzen zu erhöhen.
- Wir wollen ein Konzept zur Müllvermeidung erarbeiten.

FAMILIE, JUGEND, SENIOREN UND SOZIALES

- Soziale Standards sind Grundvoraussetzung für ein zivilisiertes und friedliches Zusammenleben in Neu-Isenburg. Wir engagieren uns seit vielen Jahren für den Ausbau der Kinderbetreuung, insbesondere in den Bereichen von Klein- und Schulkindern. Neben den städtischen Kindertageseinrichtungen gibt es eine Vielzahl an Betreuungsangeboten freier Träger in Neu-Isenburg. Diese Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Trägern und pädagogischen Konzepten wollen wir weiter fördern und auch zukünftig in bedarfsgerechte Betreuungsangebote für jede Altersstufe sowie in die Qualität und Trägervielfalt investieren.
- Wir sichern eine hohe Anzahl qualifizierter Angebote für die Betreuung von Kleinkindern (U3) in Krippen und in der Tagespflege. Auch hier unterstützen wir die Vielfalt der Träger und stehen für zuverlässige, vertraglich abgesicherte Finanzierungen für Ausstattung und Fortbildungen.
- Wir wollen eine zentrale Vermittlung aller freien Tagespflege-, Kita- und U3-Plätze in Neu-Isenburg prüfen und unterstützen die Möglichkeit der Digitalisierung im Projekt SmartCity.
- Den zeit- und bedarfsgerechten Ausbau der Grundschulkapazitäten, inklusive der Ganztagskapazitäten, werden wir konstruktiv begleiten. Auch den Ausbau der Brüder-Grimm-Schule zu einer Kooperativen Gesamtschule mit gymnasialem Zweig und Ganztagsangeboten wollen wir prüfen und uns für eine Weiterentwicklung unserer Schullandschaft einsetzen. Unser Augenmerk liegt insbesondere bei der Schulentwicklung durch den Kreis Offenbach, mit Blick auf die wachsende Kinderzahl in unserer Stadt.

- Wir wollen die Schulsozialarbeit erhalten, sehen aber den Bedarf einer Vernetzung, des Austauschs und der Kommunikation sowie einer stärkeren finanziellen Beteiligung des Schulträgers.
- Wir setzen uns auch weiterhin für die Planung einer Schulsportanlage im Wohngebiet Birkengewann ein, deren Realisierung im Zusammenwirken mit dem Kreis Offenbach umgesetzt werden sollte.
- Wir begrüßen die vielfältigen Angebote, die von Vereinen, den Kirchen sowie der Stadt allen Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Diese sollen weiter gefördert und ggfs. ausgebaut werden. Alle Isenburger Jugendinitiativen leisten einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und Teilhabe der Jugendlichen.
- Wir unterstützen die kontinuierliche Evaluierung der Jugendarbeit, unter Einbindung der Jugendlichen und des Jugendforums, um die zukünftige Jugendarbeit im gesamten Stadtgebiet, inklusive der Stadtteile, weiterhin bedarfsgerecht auszurichten.
- Wir wissen um die Sorgen von Jugendlichen und deren Eltern, die in den letzten Monaten auf viele gewohnte Rituale und Freiheiten verzichten mussten, und versuchen, mit attraktiven Angeboten, die Jugendlichen wieder verstärkt zu sozialen und sportlichen Aktivitäten zu ermuntern.
- Wir setzen uns auch zukünftig für sichere Kinderspielplätze und deren bedarfsgerechte Ausstattung mit Spielgeräten, auch für U3 Kinder, ein und unterstützen die Initiative des Fördervereins Tannenwald in Zusammenarbeit mit der Stadt Frankfurt. Der Spielpark soll wieder zu einem beliebten Ort für Kinder, Jugendliche und Erwachsene werden. Für eine Sanierung der Spielanlagen sowie der Ausstattung - z. B. mit einem betriebsfähigen Kiosk - setzen wir uns ein.
- Wir begrüßen und unterstützen auch zukünftig die Vielfalt von Trägern wie den VdK, Essen auf Rädern, den Sanitätsverein sowie viele andere Initiativen und städtische Angebote, die es älteren und beeinträchtigten Menschen ermöglichen, selbstbestimmt in ihrem gewohnten Lebensumfeld zu bleiben.
- Wir wissen auch um die Qualität der stationären Pflegeheime, die eine Alternative für die Menschen sind, die mehr Unterstützung benötigen und wollen. Die Qualität und die Notwendigkeit zur Ausweitung der Betreuungs- und Pflegeangebote werden wir regelmäßig überprüfen und proaktiv planen (z.B. weitere stationäre Pflegeheime, Erweiterung der Möglichkeiten für betreutes Wohnen oder die Unterstützung generationsübergreifender Betreuung).
- Wir wollen auch zukünftig für eine bedarfsgerechte medizinische und therapeutische Versorgung in möglichst allen Fachdisziplinen vor Ort in Neu-Isenburg sorgen.

- Den eingeschlagenen Weg, Barrierefreiheit zu schaffen, wo immer das möglich ist, damit Menschen mit einer Behinderung in die Lage versetzt werden können ein eigenständiges Leben zu führen, wollen wir fortsetzen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für die Integration körperlich oder geistig beeinträchtigter Menschen und die aktive Unterstützung ihrer Angehörigen ein.
- Wir fördern die Koordination der Angebote für ältere Menschen in den Bereichen Versorgung, Pflege und Freizeitaktivitäten.

KUNST KULTUR UND SPORT

- Neben den von den unterschiedlichen Vereinen und Initiativen geprägten Kulturangeboten gibt es auch eine Vielzahl von Angeboten, die von der Stadt Neu-Isenburg organisiert wird. Wir wollen das Kulturangebot evaluieren und vielfältiger gestalten, um breitere Bevölkerungsgruppen von jung bis alt anzusprechen.
- Anregungen aus dem „Jugendforum“ werden aufgegriffen und auf Umsetzung geprüft.
- Wir wollen das Raummanagement der vorhandenen Räume verbessern und Vergaberichtlinien für Proberäume und Freizeitaktivitäten evaluieren.
- Wir wollen für neue Impulse in unserem Kulturleben sorgen und werden die Rahmenbedingungen schaffen, dieses insgesamt kreativ und generationengerecht auszurichten. Für das Programmangebot wollen wir in der Verwaltung die übergeordnete Stelle für eine/n Kulturmanager*in/Bereichsleitung schaffen. Von diesem neuen Kopf an der Spitze erwarten wir auch neue Impulse und Konzepte bei Veranstaltungen wie „Open Doors“, Altstadtfest und den Stadtteilstesten. Ziel ist es die Feste an die zeitlichen Veränderungen anzupassen. Die ortsansässige Gastronomie, Vereine sowie Kunst und Kultur sollen angeregt werden, sich wieder stärker zu engagieren.
- Wir unterstützen die IG Vereine in ihrem Bemühen, möglichst vielen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme am Vereinssport zu ermöglichen. Wichtig ist hierbei auch die Instandhaltung der Sporthallen und -gelände auf hohem Niveau. Hierzu soll die entsprechende Prioritätenliste evaluiert, fortgeschrieben und im Haushalt verankert werden.
- Wir stehen zur Umsetzung einer zusätzlichen Sportanlage im Osten der Stadt unter finanzieller Beteiligung des Kreises Offenbach als Schulträger.

- Die Angebote der vhs und der Musikschule werden ebenfalls unterstützt, insbesondere dort, wo sie der gesellschaftlichen Integration dienen, z. B. auf dem Gebiet der sprachlichen und musischen Förderung von Kindern und Jugendlichen.
- Darüber hinaus wollen wir die Vereine unterstützen, wenn diese infolge der Corona-Pandemie durch Austritte von Vereinsmitgliedern sowie andere Einnahmeausfälle in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Hier setzen wir uns für unbürokratische Hilfen ein.
- Die bestehenden Städtepartnerschaften sollen gefördert werden – insbesondere, wenn sie mit Eigenaktivitäten von Vereinen verbunden sind.

KULTUR- UND BILDUNGSZENTRUM

- Seit Anfang 2020 liegen Beschlüsse für Planungen zum Nutzungskonzept der Hugenottenhalle und Stadtbibliothek zu einem erweiterten Kultur- und Bildungszentrum vor. Gemeinsam mit den Gremien der Stadt, den Anregungen aus der Bevölkerung und dem/der Kulturmanager*in planen wir zügig einen Veranstaltungs- und Versammlungsort im Herzen der Stadt.
- Wir orientieren uns bei der Konzeption der „neuen Hugenottenhalle“ u.a. an den Erkenntnissen aus der Experten-Studie von Actori. Die Größe der integrierten Kultur- und Bildungseinrichtung richten wir an den Bedürfnissen der Neu-Isenburger Bürger, Vereine und Institutionen aus sowie an der Wirtschaftlichkeit eines daraus resultierenden Veranstaltungs- und Raumangebots.
- Wir forcieren die Planungen auf Grundlage einer fundierten Konzeption für die organisatorische, kulturelle, wirtschaftliche und integrative Neugestaltung der Hugenottenhalle mit der Stadtbibliothek als Kultur- und Bildungszentrum.
- Digitale Technik und eine Vielfalt an Medien sollen eine konstruktive Zusammenarbeit von Veranstaltungsräumen, Stadtbibliothek, VHS, Musikschule, Info-Café und anderen Institutionen ermöglichen und damit eine gemeinsame Kulturinstitution für alle Bürger werden.
- Zusätzlich zu einem geplanten Multifunktionsaal in der Halle soll ein angemessen großer Saal mit Bühne für lokale Künstler integriert werden. Bei der baulichen Planung werden neben konzeptionellen Erfordernissen auch ökologische Maßstäbe zu Grunde gelegt.
- Die neue Hugenottenhalle soll mit seinem vielfältigen und auf alle Bevölkerungsgruppen ausgerichteten Gesamtkonzept als sog. dritter Ort und damit „Wohnzimmer der Stadt“ wahrgenommen und entsprechend ausgebaut werden. Ihre wichtige Funktion im Sinne eines Bürgerhauses und als Heimat sowie Veranstaltungsort für die Isenburger Vereine soll sie auch in Zukunft behalten.

- Die Stadtbibliothek hat als Platz zum Verweilen, Entdecken und Erleben für Jung und Alt eine bedeutende Stellung im Konzept des Kultur- und Bildungszentrums. Der Bildungsauftrag der Stadtbibliothek soll dabei - nach wie vor- im Vordergrund stehen.

VIelfALT

- Integration in einem friedlichen Zusammenleben betrifft alle und ist generationsübergreifend. Menschen aus 127 Nationen sind in Neu-Isenburg zu Hause. Dies bedeutet eine Vielfalt an Sprachen, Religionen, Aussehen und mitgebrachten Traditionen.
- In unserer Stadt leben aber auch Menschen in unterschiedlichsten Lebenssituationen und -verhältnissen, Paare in gleichgeschlechtlichen Beziehungen und Menschen mit Behinderung. Wir wollen bewusst alle Bürgerinnen und Bürger auffordern, über den eigenen Tellerrand zu schauen und allem, was „anders“ ist, offen zu begegnen.
- Die Basis unserer Integrationsarbeit muss selbstverständlich die Rechtsstaatlichkeit sein, die unser demokratisches Zusammenleben prägt.
- Neu-Isenburg ist vorbildlich in seinen Bemühungen um das Wohl der Menschen in der Stadt. Auch die vielen Ehrenamtlichen, die sich beispielsweise um ältere Menschen, Bedürftige oder Geflüchtete kümmern, sind vorbildlich in ihrem Engagement – ganz in unserer hugenottischen Tradition.
- Wir stehen hinter dem aktuellen Integrationskonzept der Stadt und unterstützen die angestrebten Maßnahmen und Aktivitäten für Vereine, Schulen und die gesamte Stadtgesellschaft. Der VHS Neu-Isenburg kommt eine besondere Rolle durch die angebotenen Integrationskurse zu. Dies ist ganz im Sinne unserer Integrationsarbeit.
- Wir setzen uns für die Arbeit der Flüchtlingshilfe, der Kirchen und Nachbarschaftsprojekte ein, die den Neuankömmlingen hilft, in Neu-Isenburg wirklich anzukommen.

GRAVENBRUCH

- Wir setzen uns weiterhin für Lärmschutzmaßnahmen und Temporeduzierung entlang der L3117 und der A3 ein.

- Die Reduzierung des Lärms bleibt unser Ziel. Wir wollen keine neuen, Gravenbruch belastenden Flugrouten und keinen weiteren Ausbau der A3, wenn Gravenbruch nicht vollständig durch geeignete Schutzmaßnahmen vom zu erwartenden Lärm entlastet wird.
- Wir wollen Tempo 30 ab der Tankstelle am Ortseingang einführen.
- Wir arbeiten weiter an einer Verbesserung der Parkplatzsituation in Gravenbruch. Hierzu soll auch ein Konzept zur Verbesserung der Stellplatzsituation auf privaten Grundstücken entwickelt werden.
- Unser Ziel ist es Gravenbruch besser an das ÖPNV-Busliniennetz anzubinden. Hierzu wollen wir bei den anstehenden Beratungen zum neuen Nahverkehrsplan des Kreises Offenbach darauf zu achten, dass eine schnelle Anbindung Gravenbruchs an die bestehende Straßenbahndaltestelle umgesetzt wird. Gleiches gilt für die Anbindung an die Regionaltangente West (RTW). Darüber hinaus werden wir uns eine Verlängerung der RTW in Richtung Heusenstamm, mit einer Haltestelle Gravenbruch, einsetzen.
- Es soll ein Gestaltungskonzept für den Dreiherrnsteinplatz entwickelt werden, das den Charakter und die Nutzbarkeit des Platzes erhält. Hier geht es insbesondere um die Verschönerung der Ränder.
- Wir setzen uns für Umwandlung des Kleinspielfelds auf dem Fußballgelände in einen Kunstrasen ein. Dies soll bei der Fortschreibung der Prioritätenliste Eingang finden.
- Wir wollen an der weiteren Umsetzung des Schulmobilitätskonzepts arbeiten, insbesondere die Umsetzung der verbesserten Sichtfelder an Einmündungen. Weiterhin wollen wir die Fahrradbindung an die Kernstadt verbessern, insbesondere im Hinblick auf den Schülerverkehr.

ZEPPELINHEIM

- Wir setzen uns dafür ein den erwarteten massiven Anstieg der Lärmbelastung durch den zusätzlich geplanten Zugverkehr zu verhindern. Wir werden uns daher in das Planfeststellungsverfahren der NBS Rhein/Main – Rhein/Neckar, das in Zeppelinheim vsl. ab dem Jahr 2021 beginnt, aktiv einbringen. Der Ausbau der Lärmschutzwand muss verbindlich festgeschrieben und nicht nur in Aussicht gestellt werden. Neben der Sicherstellung eines ausreichenden Schallschutzes werden wir nachhaltige Strukturverbesserungen im Rad- und Forstwegenetz von und nach Mörfelden-Walldorf einfordern.“
- Das Fokusthema Flug- und Bodenlärm der letzten Jahre werden wir weiterhin verfolgen und nicht darin nachlassen, in Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Kreis jede Möglichkeit zu nutzen, um die Belastung für Zeppelinheim gering zu halten.

- Genauso gilt unser Einsatz einem verbesserten Schallschutz an der B 44 und dem Autobahnzubringer L3262 im Zusammenhang mit der Anbindung des geplanten Terminals 3 sowie einer weiteren Temporeduzierung auf der B44.
- Das zunehmende Umweltbewusstsein und der damit verbundene Wunsch nach alternativen Mobilitätslösungen erfordert Veränderungen und Ergänzungen. Der Anstieg von Radverkehr als alternatives aber auch zusätzliches Verkehrsmittel zum Automobil ist eine Realität. Unser Ziel ist die Umsetzung einer deutlichen Verbesserung der Anbindungen an die Nachbargemeinden mit sicheren und guten Radwegen, als Ergänzung zu den bestehenden Verkehrswegen, die gleichzeitig ein Miteinander schafft und nicht auf Verdrängung setzt.
- Die wohnortnahe Versorgung mit Produkten des täglichen Bedarfs ist uns weiterhin ein Anliegen. Wir wollen daher ein SB-Ladenkonzept wie z.B. "Teo" von Tegut oder ein ähnliches Projekt für Zeppelinheim prüfen und nach Möglichkeit umsetzen.
- Wir wollen eine Verbesserung der ÖPNV-Anbindung Zeppelinheims. Eine bessere Anbindung an den Flughafen ist unerlässlich. Hierzu gehört auch die Prüfung einer Busverbindung zum Flughafen. Das im Bau befindliche Terminal 3 muss zwingend mit einer eigenen Haltestelle an den öffentlichen Schienenverkehr angebunden werden, die Erschließung darf nicht nur über das Personentransportsystem oder mit dem Bus über Zeppelinheim erfolgen.
- Wir setzen uns für die Entsiegelung von Flächen zu Gunsten von Grün im Ortsgebiet ein.
- Es sollen Verhandlungen mit den Forstämtern, die für den an Zeppelinheim angrenzenden Wald zuständig sind, aufgenommen werden, um weniger Waldeinschlag und mehr Aufforstungen zu erreichen. Dies beinhaltet auch die stadteigenen Waldgebiete im Stadtteil.
- Auch für die Vorrangstraße Flughafenstraße in Zeppelinheim wird ab dem Ortsschild Tempo 30 eingeführt.

Neu-Isenburg, den 18.05.2021

Für die CDU:

Stefan Schmitt
Stadtverbandsvorsitzender

Patrick Föhl
Fraktionsvorsitzender

Für Bündnis 90/Die Grünen:

Günther Marx
Sprecher des Ortsverbands

Maria Sator-Marx
Fraktionsvorsitzende

Michèle Küchemann
Sprecherin des Ortsverbands

Oliver Gröll
Fraktionsvorsitzender

Für die FWG:

Frank Wöllstein
Vereinsvorsitzender und
Fraktionsvorsitzender